

klar.

Franchisebefreiung von Rentnern: Der Parteivorstand sagt «Nein, aber ...»

Soziale Leistungen aus der Staatskasse sollen jenen zugutekommen, die wirklich Hilfe nötig haben. Darum stimmte der VU-Parteivorstand am Donnerstag mit einer Mehrheit von 63 Prozent für eine Nein-Parole zur DpL-Initiative zur Franchisebefreiung von Rentnern.

Leicht hat es sich die VU nicht gemacht. Nachdem durch Mitinitiant Herbert Elkuch die Initiative vorgestellt und anschliessend intern diskutiert wurde, stimmte der VU-Parteivorstand mehrheitlich für eine Nein-Parole. Bei einer beachtlichen Zahl von Anwesenden stiess die Initiative aber auf Sympathie. So befanden sich Rentner, die nur die AHV-Rente erhalten, in einer schwierigen finanziellen Situation, wurde aufgeführt. Hier sehen denn auch Befürworter als auch Gegner der Initiative dringenden, zielgerichteten Handlungsbedarf.

Zahlreiche Anwesende äusseren sich aber sehr negativ zu Entlastungen nach dem Giesskannenprinzip. Dort, wo es die Menschen wirklich hart treffe, müsse der Staat seiner Verantwortung nachkommen und gezielt unterstützen. Gegen berechnete und gezielte Ausgaben in der Sozialpolitik spreche nichts. Diese Initiative würde aber auch Rentner begünstigen, die sich die Franchise mühelos leisten können. Einige Votanten wiesen zudem darauf hin, dass die Initiative mit dem einseitigen Fokus auf die Rentner dazu führen könne, dass eine Entsolidarisierung zwischen den Generationen stattfindet. «Man kann nicht dauernd einzelne Personengruppen gegeneinander ausspielen», meinte eine Kritikerin der Initiative, die dies gerade auch



Nach einer Präsentation der Initiative durch den Fraktionssprecher der Demokraten pro Liechtenstein, Herbert Elkuch, führte der VU-Parteivorstand eine angeregte Diskussion.
Foto: Tatjana Schnalzger

in der DpL-Propaganda zur Abstimmung deutlich erkenne. «Wir müssen gemeinsam aufeinander schauen und dürfen nicht immer nur Zückerle an einzelne Personengruppen verteilen.»

Lenkungseffekte der Franchise bei Rentnern verpuffen

Die Befürworter brachten in der Folge ein neues Argument auf, das bisher in der Debatte nicht zu hören war: Die Franchise wurde seinerzeit eingeführt, damit die Versicherten nicht leichtfertig einfach zum Arzt

gehen. Das sollte zu Einsparungen im Gesundheitswesen führen. Wenn aber gemäss Statistik 95 Prozent der Rentner von der Franchise betroffen sind, kann von einer Lenkungswirkung keine Rede sein. Deshalb gelte es schon, dieses Instrument für diese Altersgruppe kritisch zu hinterfragen.

Einige Votanten wollten ein Ja zur Initiative auch als klares Zeichen gegen den Stillstand in den letzten 10 Jahren in der Sozial- und Gesundheitspolitik unter FBP-Verantwortung verstanden wis-

sen. Es würden hier Konzepte versprochen und Ideen gewälzt, aber am Ende sei es immer an der Bevölkerung oder am Landtag, die Initiative zu ergreifen, um Verbesserungen herbeizuführen. Dass deshalb viele Menschen in der Bevölkerung frustriert seien, verwundere nicht.

Prämienverbilligung zentral

Die VU hat in verschiedenen Vorstössen immer wieder bewiesen, dass ihr die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen wichtig

ist. Verschiedene Vorstösse zur Prämienverbilligung haben auch Erfolge verzeichnet. Das VU-Postulat zur Vereinfachung des Bezugs von Prämienverbilligungen, das an die Regierung überwiesen wurde, soll diesbezüglich Abhilfe schaffen. «Das Antragsformular ist zu kompliziert. Ich habe es einmal versucht, bin aber gescheitert. So funktioniert das nicht», erklärte dazu ein Vorstandsmitglied. Solche Instrumente sollen künftig vereinfacht werden, um dort zu helfen, wo Unterstützung benötigt wird.

Handlungsbedarf erkannt

Ergo: Der Parteivorstand ortet sehr wohl Handlungsbedarf in verschiedenen Bereichen, sieht aber mehrheitlich die Initiative zur Franchisebefreiung von Rentnern dafür als untaugliche Lösung an. «Solche Vorstösse sind aber dennoch wertvoll, um solche grundsätzlichen Diskussionen zu lancieren», erklärte Parteipräsident Thomas Zwiefelhofer. «Zudem haben wir auch im Gespräch mit dem Vertreter der Initianten die Einsicht gewonnen, dass vieles möglich ist, wenn wir uns verständigen und auch den parteiübergreifenden Austausch pflegen», ortet der Präsident Potenzial für weitere Verbesserungen. «Ich interpretiere das Nein des Parteivorstands deshalb als ein <Nein, aber ...>» ■

Michael Winkler